

# **INTEGRIERTER FINANZ- UND AUFGABENPLAN 2007 - 2011**

**Der Regierungsrat des Kantons Luzern an den Grossen Rat**

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2007 - 2011 mit folgendem Bericht:



# **Inhaltsverzeichnis**

<b>I.</b>	<b>ÜBERSICHT</b>	<b>5</b>
<b>II.</b>	<b>PLANUNGSGRUNDLAGEN</b>	<b>7</b>
<b>III.</b>	<b>CHANCEN UND RISIKEN</b>	<b>15</b>
<b>IV.</b>	<b>ÜBERSICHT ÜBER DIE ERGEBNISSE</b>	<b>17</b>
<b>V.</b>	<b>FINANZPOLITISCHE BEURTEILUNG</b>	<b>23</b>
<b>VI.</b>	<b>FUNKTION UND BEDEUTUNG DES IFAP</b>	<b>25</b>
<b>VII.</b>	<b>VORGABEN DER REGIERUNG UND MASSNAHMEN ZUM LEGISLATUR-PROGRAMM 2003-2007</b>	<b>27</b>
<b>VIII.</b>	<b>AUFGABEN UND FINANZEN</b>	<b>41</b>
	0 Allgemeine Verwaltung	42
	1 Öffentliche Sicherheit	46
	2 Bildung	52
	3 Kultur und Freizeit	60
	4 Gesundheit	64
	5 Soziale Wohlfahrt	70
	6 Verkehr	76
	7 Umwelt und Raumordnung	80
	8 Volkswirtschaft	84
	9 Finanzen und Steuern	88
<b>IX.</b>	<b>STRASSENWESEN</b>	<b>93</b>
<b>X.</b>	<b>INVESTITIONEN KANTONALE HOCHBAUTEN</b>	<b>95</b>
	<b>ENTWURF GROSSRATSBESCHLUSS</b>	<b>98</b>



## I. Übersicht

Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan zeigt die vorgesehene Entwicklung der Finanzen und Aufgaben des Kantons Luzern in den nächsten fünf Jahren. Im Zahlenteil des Planes sind nur diejenigen Vorhaben eingerechnet, die die Regierung schon beschlossen hat, bzw. Aufwendungen, die sich nur mittel- und langfristig beeinflussen lassen. Neue Vorhaben, die von den Departementen geplant werden, sind nicht eingerechnet. Sie werden jedoch beschrieben und ihre Kosten geschätzt.

Die Laufenden Rechnungen in den Finanzplanjahren schliessen mit Aufwandüberschüssen von 9,2 (2008), 6,5 (2009), 15,7 (2010) und 10,6 Millionen Franken (2011) ab. Die Nettoinvestitionen steigen von 184,8 Millionen Franken im Budget 2007 auf 192,7 Millionen Franken im Jahr 2011. In der Rechnung 2005 haben sie 166,2 Millionen Franken betragen.

Aus der Gesamtrechnung resultieren Finanzierungsfehlbeträge von 10,5 (2008), 5 (2009), 14,4 (2010) und 5,2 Millionen Franken (2011). Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad beträgt 95,4 Prozent. Damit kann die Vorgabe eines Selbstfinanzierungsgrades von 100 Prozent ab 2008 im IFAP 2007-2011 noch nicht erreicht werden. Die notwendigen Einsparungen sollen in den Budgetprozessen 2008 und 2009 erreicht werden (Vorbehalt: Kosa-Initiative).

In diesen Zahlen sind die Ausfälle der Steuergesetzrevision 2008 gemäss den Resultaten der ersten Beratung im Grossen Rat enthalten. Dieses Massnahmenpaket bedeutet einen grossen Schritt in der Annäherung der Steuerbelastung an das schweizerische Mittel.

In den Berechnungen des Regierungsrates sind die Umsetzung der Massnahmen der Reform 06 und die Verschiebungen aus der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) und dem kantonalen NFA-Anschlussprojekt Finanzreform 08 berücksichtigt. Der Kanton Luzern kann gemäss NFA-Globalbilanz 2004/2005 mit einer Nettoentlastung von 38,7 Millionen Franken rechnen. Wir waren bisher von einer Entlastung von 60 Millionen Franken ausgegangen. Aus der Finanzreform 08 resultiert zudem eine Entlastung der Gemeinden von 20 Millionen Franken zulasten des Kantons. Dieser Beitrag zur Verminderung der Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2008 auf die Gemeinden war im IFAP 2006-2010 noch nicht einberechnet.

Es wird an den Zielen gemäss Finanzleitbild 2006 festgehalten: ausgeglichene Laufende Rechnungen und Verzicht auf neue Schulden. Zur Erreichung dieser Ziele sind grosse Anstrengungen des Grossen Rates, des Regierungsrates und der Verwaltung notwendig. Die Mittel für zusätzliche Aufgaben müs-

sen bei bisherigen Leistungen eingespart, und die Reform 06 muss konsequent umgesetzt werden. Eine allfällige Zustimmung zur Kosa-Initiative würde die Einnahmen des Kantons um über 30 Millionen Franken jährlich reduzieren. Dieser Einnahmefall müsste mit einem Sparpaket kompensiert werden.

Allfällige Buchgewinne aus Verkäufen von Liegenschaften und Beteiligungen sind nicht in den Planzahlen 2008-2011 enthalten. Solche ausserordentlichen Erträge müssen für den Schuldenabbau und nicht zur Finanzierung von ordentlichen Ausgaben verwendet werden. Die Buchgewinne tragen dazu bei, bis Ende 2010 die Nettoschuld pro Kopf auf 3'000 Franken (Stand Ende 2005: 3'600 Franken) zu reduzieren.

## II. Planungsgrundlagen

### 1. Allgemeine Annahmen

	R 2005	B 2006	B 2007	2008	2009	2010	2011
<i>(in Prozent)</i>							
BIP real	1,9	2,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Teuerung	1,2	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Sachaufwand	7,6	0,0	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Personalaufwand (budgetwirksam)	-1,5	0,8	2,0	1,0	1,2	1,2	1,2
Beiträge an Dritte (Staatsbeiträge)	2,1	0,8	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Ordentliche Entwicklung der Staatssteuern (pro Einheit)	-0,3	2,0	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Steuereinheiten	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
Gebühren/Entgelte	8,5	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2

### 2. Bemerkungen zu den Zuwachsraten

#### a. Wirtschaftsentwicklung und Teuerung

Die Konjunktur in der Schweiz hat sich in den letzten Monaten erfreulich entwickelt. Die Konjunkturforschungs-Institute rechnen für 2006 mit einem realen BIP-Wachstum zwischen 2,5 und 3 Prozent. Für das Jahr 2007 wird ein Realwachstum der schweizerischen Wirtschaft von 1,5 bis 1,7 Prozent prognostiziert. Die Institute machen keine Aussagen zu den Jahren ab 2008. Wir rechnen für 2006 mit einem jährlichen realen Wachstum des BIP von 2,5 und ab 2007 mit einem solchen von 1,5 Prozent. Die Teuerung schätzen wir ab 2007 auf jährlich 1,2 Prozent. Die Entwicklung des Sachaufwands, der Staatsbeiträge und der Gebühren und Entgelte in diesen Jahren haben wir entsprechend der erwarteten Teuerung hochgerechnet.

## b. Erhöhung Personalaufwand

Wir sahen im IFAP 2006-2010 für das Jahr 2007 eine Erhöhung des budgetwirksamen Personalaufwands von 1,4 Prozent vor. Das Budget 2007 enthält nun einen Anstieg des budgetwirksamen Personalaufwands von 2 Prozent. Zur Verbesserung der Finanzplanjahre ab 2008 sehen wir uns gezwungen, in der aktuellen Planung für 2008 eine Kürzung des Zuwachses von bisher 1,4 auf neu 1 Prozent vorzunehmen. Wir sind uns bewusst, dass diese Kürzung aufgrund der verbesserten Konjunktur und der dadurch entstehenden Belebung des Arbeitsmarktes heikel sein kann. Für die Jahre ab 2009 sehen wir eine Erhöhung des budgetwirksamen Personalaufwands von 1,2 Prozent pro Jahr vor.

## c. Zuwachs der Staatssteuererträge

Der Ertrag der Staatssteuern ist durch die Steuergesetzrevision 2005 gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozent gesunken. Aufgrund der bescheidenen Lohnentwicklung 2005 glauben wir, mit der Schätzung eines Zuwachses von 2 Prozent für 2006 richtig zu liegen. Eine erste Umfrage bei kommunalen Steuerämtern stützt diese Einschätzung. Die verbesserte Konjunkturlage dürfte zu einer Erholung des Arbeitsmarktes und zu höheren Unternehmensgewinnen führen. Deshalb erachten wir einen stärkeren Zuwachs der Staatssteuererträge ab 2007 als realistisch. Wir berücksichtigen bei steigenden Löhnen einen Progressionsfaktor von 1,25 und erwarten aufgrund der demografischen Entwicklung weiterhin eine steigende Zahl von Steuerpflichtigen im Kanton Luzern. Aus diesen Überlegungen rechnen wir ab 2007 mit einem jährlichen Wachstum von 2,5 Prozent. Von diesem ordentlichen Wachstum der Staatssteuererträge ziehen wir die durch die Steuergesetzrevision 2008 verursachten Ausfälle ab.



### **3. Bundesfinanzpolitik**

#### **a. Steuerpolitik des Bundes**

In der Botschaft B 141 vom 4. April 2006 zur Volksinitiative „Steuern vors Volk“ und zur Steuergesetzesrevision 2008 haben wir den Stand der Diskussionen zur Ehe- und Familienbesteuerung und zur Unternehmenssteuerreform II ausführlich dargestellt.

Der im September 2005 in die Vernehmlassung geschickte Vorschlag, bei der Ehe- und Familienbesteuerung den Zweiverdienerabzug massiv zu erhöhen, hat keine Mehrheit gefunden. Als neuer Vorschlag steht momentan die sogenannte „Kombi-Lösung“ zur Diskussion. Diese würde mit einem höheren Zweiverdienerabzug die Doppelverdiener und mit einem zusätzlichen Verheiratetenabzug alle Ehepaare entlasten. Wir gehen davon aus, dass die Kombi-Lösung gute Erfolgsaussichten hat. Wir rechnen mit einem Inkrafttreten 2008 und jährlichen Ausfällen bei der direkten Bundessteuer von 650 Millionen Franken. Die Ausfälle werden ein Jahr nach Inkrafttreten finanzwirksam. Wir kürzen darum den Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer gegenüber den bisherigen Schätzungen ab 2009 um 5,5 Millionen Franken. Zusätzlich zu diesen Sofortmassnahmen wird der Bundesrat dem Parlament eine Vorlage zum Grundsatzentscheid Individualbesteuerung oder gemeinsame Besteuerung vorlegen müssen. Da dieser Grundsatzentscheid bzw. dessen Umsetzung längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte, rechnen wir mit keinen konkreten finanziellen Auswirkungen in der Planperiode bis 2011.

Mit der Unternehmenssteuerreform II sollen die wirtschaftliche Doppelbelastung reduziert, die Möglichkeit zur Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer geschaffen und steuerliche Entlastungen für KMU realisiert werden. Kontroverse Diskussionen haben vor allem eine allfällige Beteiligungsquote und der Umfang der Entlastung bei der Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbelastung ausgelöst. Wir gehen davon aus, dass der Hauptteil der Unternehmenssteuerreform und die Sofortmassnahmen zur Ehe- und Familienbesteuerung zusammen verabschiedet werden. Die Vorlage wurde aufgeteilt, und die als vordringlich erachtete Regelung über die indirekte Teilliquidation wird voraussichtlich vor dem Hauptteil verabschiedet. Da die finanziellen Auswirkungen der Massnahmen gering sein werden bzw. die Massnahmen im Kanton Luzern teilweise schon umgesetzt sind, rechnen wir mit keinen unmittelbaren finanziellen Ausfällen.

## b. Verwaltungsreform, Aufgabenverzichtsplanning und Aufgabenüberprüfung

Durch die Entlastungsprogramme 03 und 04 konnte der Bundeshaushalt ins Lot gebracht werden. Mit der Verwaltungsreform und der Aufgabenverzichtsplanning hat der Bund zwei Projekte lanciert, um in den nächsten Jahren schuldenbremskonforme Voranschläge unterbreiten zu können. Gemäss dem vom Bundesrat am 5. Juli 2006 verabschiedeten Voranschlag 2007 und dem Finanzplan 2008-2010 ist aufgrund dieser Sparbemühungen und der verbesserten Konjunktur in den nächsten Jahren sogar mit Ertragsüberschüssen im Bundeshaushalt zu rechnen.

Langfristig rechnet der Bund mit hohen Mehrbelastungen und Mindereinnahmen. Er hat deshalb eine systematische Überprüfung seiner Aufgaben mit Hilfe von Aufgabenportfolios gestartet. Ende April 2006 hat der Bund seine Ziele formuliert. Der Bundeshaushalt inklusive Sozialversicherungen soll sich bis 2015 im Rahmen des Wirtschaftswachstums bewegen. Gegenüber dem Szenario „Reale Stabilisierung“ (jährliche Wachstumsrate 4,7 %) ergibt die reduzierte Entwicklung im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung (jährliche Wachstumsrate 3 %) bis 2015 notwendige Einsparungen von jährlich 8,5 Milliarden Franken. Da die Sozialversicherungen in der anvisierten Stabilisierung der Staatsquote inbegriffen sind, kann das Ziel als ambitiös bezeichnet werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Aufgabenüberprüfung weitere Aufgabenentflechtungen zwischen Bund und Kantonen beinhalten wird. Über die konkreten finanziellen Auswirkungen zulasten der Kantone können wegen des frühen Projektstands keine Aussagen gemacht werden. Die Kantone werden sich jedoch dezidiert gegen einseitige Lastenverschiebungen zur Wehr setzen. Wir verzichten auf eine rechnerische Berücksichtigung dieses Risikos im vorliegenden IFAP 2007-2011.

## c. Gewinnanteile Schweizerische Nationalbank (SNB) und Kosa-Initiative

Mit der Einführung der NFA (siehe unten) wird die Finanzkraft bei der SNB-Ausschüttung nicht mehr berücksichtigt. Der Anteil des Kantons Luzern wird deshalb von rund 97 Millionen Franken im Jahr 2007 auf rund 80 Millionen Franken im Jahr 2008 reduziert. Dank der 10-jährigen Gewinnvereinbarung zwischen der SNB und dem Bundesrat kann bis ins Jahr 2013 mit einer Ausschüttung in diesem Umfang gerechnet werden.

Am 24. September 2006 wird das Stimmvolk über die Kosa-Initiative abstimmen. Die Initiative verlangt, dass die Gewinne der SNB, mit Ausnahme einer Milliarde Franken jährlich, an die AHV ausgeschüttet werden. Wir haben in den Antworten zu den Anfragen A 677 von Guido Graf und A 703 von Hans Lütnerauer, die beide die finanziellen Auswirkungen der Kosa-Initiative zum Thema haben, dargelegt,

wieso wir diese Initiative ablehnen. Durch die Reduktion der Ausschüttung an die Kantone von 1,66 auf 1 Milliarde Franken müssten wir Mindereinnahmen von jährlich 31,6 Millionen Franken hinnehmen. Zusätzlich kann davon ausgegangen werden, dass der Bund seine wegfallenden Gewinnanteile in der Höhe von 833 Millionen Franken teilweise mit Lastenabwälzungen auf die Kantone kompensieren müsste. Aufgrund der Gewinnerwartungen der Initianten gegenüber der SNB wäre zudem eine stärkere Einflussnahme der Politik auf die SNB zu befürchten. Die Unabhängigkeit der SNB darf auf keinen Fall in Frage gestellt werden.

Würde die Kosa-Initiative angenommen, würde der neue Verteilschlüssel spätestens am 24. September 2008 in Kraft treten. Die Ausschüttung an den Kanton Luzern würde 2008 anteilmässig, diejenige ab 2009 im vollen Umfang von 31,6 Millionen Franken gekürzt.

#### d. Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Wir setzen die NFA im Kanton Luzern mit dem Projekt Finanzreform 08 um. Das Projekt beschäftigt sich gleichzeitig mit der Zuordnung, Entflechtung und Normierung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden. Zur Reduktion der Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2008 für die Gemeinden haben wir beschlossen, im Sinne einer positiven Haushaltneutralität die Gemeinden im Rahmen der Finanzreform 08 jährlich im Umfang von 20 Millionen Franken an der Nettoentlastung aus der NFA teilhaben zu lassen.

Die Globalbilanz 2004/2005 zeigt für den Kanton Luzern eine Nettoentlastung inklusive Härteausgleich von 38,7 Millionen Franken. Wir sind in den Finanzplanungen der letzten Jahre von einer Entlastung um 60 Millionen Franken ausgegangen. Die Reduktion der Nettoentlastung ist im höheren Wegfall von bisherigen Anteilen an Bundeseinnahmen und im Ausgabenwachstum in Aufgabenbereichen, in welchen der Kanton Luzern mit der NFA stärker belastet wird, begründet. Diese Verschlechterungen konnten durch den höheren Ressourcenausgleich nur teilweise kompensiert werden.

Am 5. Juli 2006 hat der Bundesrat den Schlussbericht über die Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs in die Vernehmlassung geschickt. Dieser bildet die Basis für die 3. NFA-Botschaft, die die Bestückung der Ausgleichstöpfe zum Inhalt hat. Der Schlussbericht zeigt die Be- und Entlastungen der Kantone aus den neuen Ausgleichsgefässen für das Jahr 2008 unter Anwendung des Ressourcenindex 2006 (Bemessungsjahre 2000-2002). Dem Bund war es nicht möglich, für 2008 eine neue Globalbilanz zu erstellen. Er verfügt für 2008 über keine kantonsspezifischen Zahlen zu den An-

teilen an Bundeseinnahmen und den Verschiebungen durch die Aufgabenentflechtung. Zudem kann zum heutigen Zeitpunkt auch der Ressourcenindex 2008 noch nicht berechnet werden.

Gemäss Schlussbericht über die Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs kann der Kanton Luzern 2008 mit einem Härteausgleich von 5,8, einem geografischen Lastenausgleich von 7,1 und einem Ressourcenausgleich von 329,3 Millionen Franken rechnen. Der Schlussbericht beziffert für den Kanton Luzern das Schwankungsrisiko beim Ressourcenausgleich mit jährlich 1,1 Indexpunkten (berechnet aufgrund der Veränderungen des Ressourcenindex in den Jahren 1998 bis 2006). Dies ergibt eine Bandbreite von plus/minus 26 Millionen Franken.

Der Ressourcenausgleich ist ab 2008 eine neue, sehr bedeutende, aber auch relativ dynamische Einnahmequelle für den Kanton Luzern. Er hängt vom Ressourcenindex des Kantons Luzern, von den Veränderungen des Ressourcenindex der übrigen Kantone und von den für den Ressourcenausgleich gesamtschweizerisch zur Verfügung stehenden Mitteln ab. Der Ressourcenindex zeigt, wie gross das Ressourcenpotenzial pro Kopf eines Kantons im gesamtschweizerischen Schnitt ist.

Wir haben untersucht, welche Kriterien für die Prognosen über die zukünftige Entwicklung des Ressourcenausgleichs ausschlaggebend sind. Die Entwicklung des 17-prozentigen Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer erachten wir als möglichen Indikator für das Ressourcenpotenzial und somit für den zukünftigen Ressourcenindex. Dieser Kantonsanteil ist im Kanton Luzern in den letzten Jahren gestiegen.

Gleichzeitig muss analysiert werden, welche Bemessungsjahre jeweils im Ressourcenindex eines bestimmten Jahres enthalten sind. Das Jahr 2001, in dem der Kanton Luzern beim Ressourcenindex einen Ausreisser nach unten hatte, fällt bei der Berechnung des Ressourcenindex 2008 weg (Bemessungsgrundlage 2002-2004). Der erwähnte Ressourcenausgleich gemäss Schlussbericht basiert auf dem Ressourcenindex 2006. Der Wert für den Kanton Luzern von 73,2 Punkten im Jahr 2006 ist der tiefste in der Zeitreihe 1998-2006.

Aufgrund der Entwicklung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer, durch den Wegfall des Bemessungsjahres 2001 im Ressourcenindex 2008 und gestützt auf den Zeitreihenvergleich unseres Ressourcenindex erachten wir eine Reduktion des Ressourcenausgleichs um 26 Millionen Franken gegenüber dem im Schlussbericht enthaltenen Betrag im Sinne des Schwankungsrisikos für notwendig.

Wir erachten im heutigen Zeitpunkt Annahmen betreffend die mutmassliche Entwicklung des Ressourcenindex ab dem Jahr 2009 als zu spekulativ. Andererseits orientieren sich die Erträge aus dem

Ressourcenausgleich ab 2009 an der erwarteten Entwicklung des gesamtschweizerischen Ressourcenpotenzials. Wir gehen hier wie bei den Erträgen aus den Staatssteuern von einem jährlichen Wachstum von 2,5 Prozent aus.

Die Arbeiten beim Bund und im Projekt Finanzreform 08 sind so weit fortgeschritten, dass eine Einrechnung der Verschiebungen in den IFAP bei den betroffenen Aufgabenbereichen in diesem Jahr erstmals möglich war. Dies führt im Vergleich zum IFAP 2006-2010 zu Veränderungen in den einzelnen Aufgabenbereichen. Die wesentlichen Verschiebungen sind bei den entsprechenden Aufgaben jeweils aufgeführt (bei den finanziellen Veränderungen und unter der Rubrik „Vorhaben und Projekte“).

Ihr Rat hat im Rahmen der Verwendung des Ertragsüberschusses 2005 eine Vorfinanzierung von 12 Millionen Franken für den Kantons- und Gemeindeanteil an den IV-Beiträgen 2007 beschlossen. Die Konsequenzen der nachschüssigen Liquiditätstransfers des Bundes und seiner Sozialwerke in weiteren Bereichen sind noch nicht klar. Wir haben deshalb darauf verzichtet, im IFAP 2007-2011 weitere Abgrenzungsrisiken rechnerisch zu berücksichtigen.

#### e. Revision des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) in Paketen

Die Kantone haben die Entlastung der Prämien für Kinder und Jugendliche in Ausbildung für Familien mit tiefen und mittleren Einkommen im Jahr 2007 umzusetzen. Diese Entlastung ist im Voranschlag 2007 des Kantons Luzern berücksichtigt.

Die übrigen Pakete der KVG-Revision sind noch nicht so weit fortgeschritten. Der Ständerat hat am 8. März 2006 ein neues Modell für die Spitalfinanzierung beschlossen. Gemäss diesem Modell müssten die Kantone in Abhängigkeit der kantonalen Prämien neu zwischen 45 – 60 Prozent der Kosten der obligatorischen Krankenpflege bezahlen. Ab dem dritten Jahr nach Inkrafttreten der Änderungen müssten die Kantone zudem bisher nicht subventionierte Spitäler mitfinanzieren (z.B. Privatspitäler). Trotz einiger Vorteile des ständerätlichen Modells lehnen die Kantone die Vorschläge ab. Die Mehrkosten der Änderungen werden auf 560 Millionen Franken geschätzt. Durch die unterdurchschnittlich hohen Krankenkassenprämien wären die finanziellen Auswirkungen auf den Kanton Luzern tiefer als im gesamtschweizerischen Durchschnitt.

Bei der Pflegeversicherung erwarten wir in der nächsten Zeit keine grossen Änderungen und so auch keine finanziellen Auswirkungen auf die Kantone.



#### 4. Unsere Steuerpolitik

Wir haben uns im Legislaturprogramm 2003-2007 zum Ziel gesetzt, die Steuerbelastung an den Durchschnitt der anderen Kantone anzunähern. Im Finanzleitbild 2006 haben wir dieses Ziel noch stärker in den Mittelpunkt unserer Finanzpolitik gerückt. Wir haben Ihnen mit der Botschaft zur Steuergesetzrevision 2008 ein umfassendes Massnahmenpaket zur Erhöhung der steuerlichen Attraktivität des Kantons Luzern unterbreitet. Ihr Rat hat in der 1. Lesung zur Steuergesetzrevision 2008 die Vorschläge unterstützt und die Abzüge für Kinder und Fremdbetreuung gegenüber unserem Vorschlag erhöht. Wir stoppen mit dieser auf die Attraktivität des Standorts Luzern ausgerichteten Steuerpolitik die Abwanderung von Steuerzahlerinnen und –zahlern. Wir ziehen Steuerzahlerinnen und –zahler an. Tiefere Steuern führen zu einem höheren Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum.

Die Massnahmen der Steuergesetzrevision 2008 sind auf die Jahre 2007 bis 2010 verteilt. Die steuerlichen Entlastungen umfassen Einkommen, Vermögen, Gewinn und Kapital. Weitere Entlastungen sind auf Bundesebene vorgesehen (vgl. dazu Kap. II. 3. a). Im Jahr 2011 sind momentan keine steuerlichen Entlastungen auf Staats- und Gemeindesteuern (exkl. allfällige Steuerfussissenkungen durch die Gemeinden) vorgesehen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entlastungen für die Steuerzahlerinnen und –zahler bei den Staats-, Gemeinde- und direkten Bundessteuern in den Jahren 2005 bis 2011. Obwohl es sich dabei um nachhaltige Massnahmen handelt, ist jeweils nur die erstmalige Entlastung aufgeführt.

(in Mio. Franken)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Entlastung bei den Staatssteuern</b>	28	50	2	57	35 *	18	
<b>Entlastung bei den Gemeindesteuern</b>	35		3	71	42 *	21	
<b>Entlastung bei den direkten Bundessteuern</b>			23		32		
<b>Total</b>	<b>63</b>	<b>50</b>	<b>28</b>	<b>128</b>	<b>109</b>	<b>39</b>	<b>0</b>

\* Es handelt sich hier um die erwarteten Entlastungen aus Sicht der Steuerzahlenden. Wir gehen davon aus, dass durch den Kompensationseffekt der Halbierung der Vermögenssteuer die Ausfälle für den Kanton und die Gemeinden halbiert werden (vgl. hierzu auch die Erläuterungen in der Botschaft B 141 vom 4. April 2006).

### III. Chancen und Risiken

#### **Chancen**

Ihr Rat hat mit der zustimmenden Kenntnisnahme vom Finanzleitbild 2006 seinen Willen bekräftigt, die erfolgreiche Finanzpolitik der letzten Jahre weiterzuführen. Der vorliegende IFAP 2007-2011 zeigt, dass trotz der geplanten Steuersenkungen die Erreichung der Ziele der ausgeglichenen Laufenden Rechnungen und des Verzichts auf neue Schulden realistisch bleiben.

Der Kanton Luzern wird die NFA-Nettomittel, wie vom Bundesrat und vom Bundesparlament für ressourcenschwache Kantone beabsichtigt, für Steuersenkungen verwenden. Damit erhöhen wir die steuerliche Konkurrenzfähigkeit und die Attraktivität des Kantons für Privatpersonen und Unternehmen. Steuersenkungen sind in diesem Sinne eine Investition in die Zukunft.

Mit dem Zubringer Rontal und mit der Umnutzung des Postgebäudes zur Universität und zur PHZ Luzern sind im Planungszeitraum des IFAP 2007-2011 zwei strategisch zentrale Projekte enthalten. Diese helfen zusammen mit der Steuerstrategie und weiteren Massnahmen, die strukturelle Schwäche und das Wachstumsproblem des Kantons Luzern zu beheben.

Die bessere Konjunkturlage dürfte zu höheren Löhnen und Unternehmensgewinnen und einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt führen. Dadurch könnten die Steuereinnahmen über die im IFAP 2007-2011 erwarteten jährlichen 2,5 Prozent steigen. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass sich konjunkturelle Schwankungen im Kanton Luzern nicht so stark auf die Steuererträge auswirken wie beim Bund oder bei finanzstarken Kantonen. Gleichzeitig dürften Bund, Kantone und Gemeinden durch den konjunkturellen Aufschwung in diversen Aufgabenbereichen entlastet werden.

Aufgrund der erfreulichen Kursentwicklung der Aktien der Luzerner Kantonalbank gehen wir davon aus, dass 2008 vom Wandelrecht unserer Wandelanleihe Gebrauch gemacht wird. Wir wollen weiterhin nicht mehr benötigte Liegenschaften veräussern und die Notwendigkeit von Beteiligungen hinterfragen. Diese Transaktionen können in den nächsten Jahren zu Buchgewinnen führen. Die finanzpolitischen Ziele der ausgeglichenen Laufenden Rechnungen und des Selbstfinanzierungsgrades von 100 Prozent sollen ohne Buchgewinne realisiert werden. Deshalb sind in den Berechnungen ab 2008 keine solchen Buchgewinne enthalten. Entsprechende Buchgewinne werden für den weiteren Schuldenabbau verwendet.

## Risiken

Am 24. September 2006 wird das Stimmvolk über die Kosa-Initiative abstimmen. Eine Zustimmung zu dieser Initiative würde zu Mindereinnahmen ab dem Jahr 2008 führen. Diese Mindereinnahmen müssten mit kurzfristigen Sparmassnahmen kompensiert werden.

Im IFAP 2007-2011 sind ab 2008 Erträge von je über 300 Millionen Franken aus dem Ressourcenausgleich im Rahmen der NFA einberechnet. Als Bemessungsgrundlage für den Ressourcenausgleich 2008 dienen die Jahre 2002-2004. Trotz der durch die Berücksichtigung von drei Bemessungsjahren erreichten Glättung erachten wir das neue Gefäss als relativ volatil. Wir haben diesem Risiko Rechnung getragen, indem wir gegenüber dem Schlussbericht über den Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich einen reduzierten Ertrag einberechnet haben. Wir werden den Veränderungen des Ressourcenpotenzials aller Kantone, insbesondere denjenigen der „Mitstreiter um den Ausgleichstopf“, eine hohe Beachtung schenken. So sollen allfällige grössere Verschiebungen rechtzeitig erkannt werden.

Die Realisierung der Massnahmen der Reform 06, soweit sie durch Ihren Rat in der Novembersession 2005 unterstützt wurden, sind im IFAP 2007-2011 einberechnet. Zur Realisierung des vorliegenden IFAP 2007-2011 mussten wir mit den Eingaben der Departemente sehr restriktiv umgehen. Die Erreichung der finanzpolitischen Ziele ist nur mit der notwendigen Konsequenz bei der Umsetzung der Reform 06 und mit Zurückhaltung beim Ausbau von bestehenden und der Schaffung von neuen Aufgaben möglich.



## IV. Übersicht über die Ergebnisse

### Gesamtergebnis

(in Mio. Franken)

	R 2005	B 2006	B 2007	2008	2009	2010	2011
Gesamtaufwand	2'658.2	2'681.2	2'784.4	2'766.5	2'790.5	2'835.4	2'874.3
Jährliche Veränderung in Prozenten <sup>1</sup>	1.5	0.6	3.8	-0.6	0.9	1.6	1.4
Aufwand-/Ertragsüberschuss (-)	-89.5 <sup>2</sup>	-1.2	-1.0	9.2	6.5	15.7	10.6
Abschreibungen	179.6	146.6	208.1	185.1	187.0	190.3	194.8
Nettoinvestitionen	166.2	173.2	184.8	189.8	188.9	192.4	192.7
Finanzierungsüberschuss (-)/fehlbetrag bereinigt	-91.5 <sup>2</sup>	29.7	-30.7	10.5	5.0	14.4	5.2
Selbstfinanzierungsgrad in Prozenten	155.1 <sup>2</sup>	82.9	116.6	94.5	97.4	92.5	97.3
Schuldendienst in Prozenten des Nettostaatssteuerertrags	11.9	8.8	14.8	11.9	12.3	12.5	12.7

<sup>1</sup> Veränderung gegenüber den entsprechenden Zahlen des gleichen Dokuments, also R 2005 im Vergleich zur R 2004, B 2006 im Vergleich zu B 2005 etc.

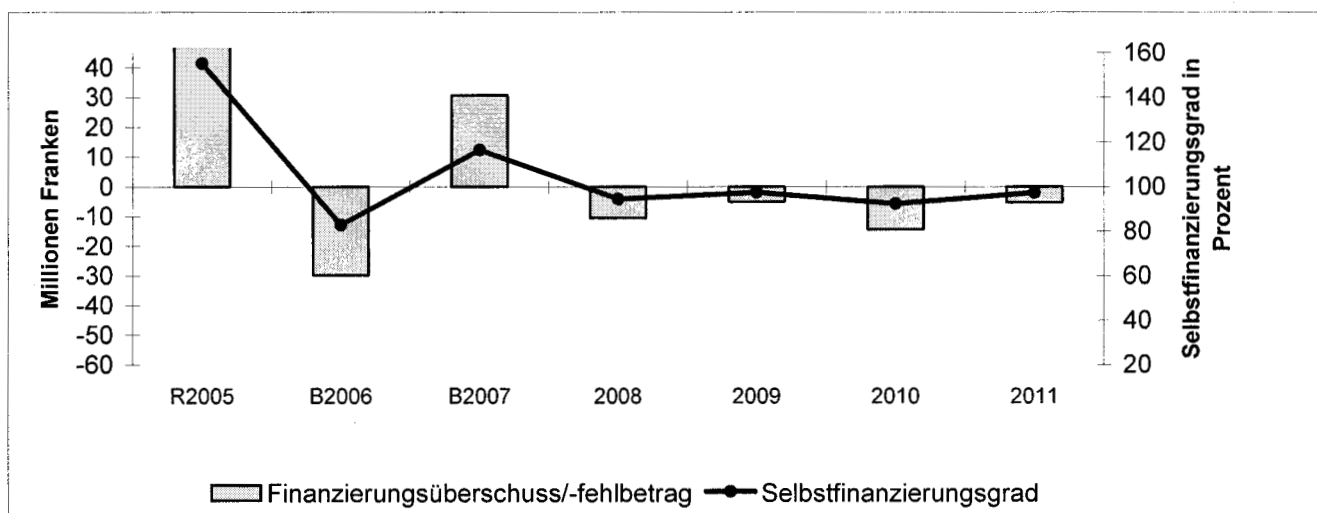
<sup>2</sup> ohne Goldausschüttung der Schweizerischen Nationalbank

Der Zuwachs des Gesamtaufwands gegenüber dem Vorjahr (definiert als: Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung abzüglich Abschreibungen, interne Verrechnungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen, durchlaufende Beiträge, Darlehen und Beteiligungen) liegt im Jahr 2007 mit 3,8 Prozent über dem geschätzten Wirtschaftswachstum (geschätztes BIP nominal beträgt 2,7 % für 2007 bzw. 3,2 % für die Referenzjahre 2004-2006). Vom Zuwachs von 103,2 Millionen Franken entfallen 49,4 Millionen Franken auf die Laufende Rechnung und 53,8 Millionen Franken auf die Investitionsrechnung (u.a. für den Kauf des Postbetriebsgebäudes für die Universität und die PHZ Luzern). Durch höhere Beiträge an unsere Investitionen steigen die Nettoinvestitionen gegenüber dem Budget 2006 lediglich um 11,6 Millionen Franken. Wird bei der Berechnung des liquiditätswirksamen Aufwands lediglich die Veränderung der Nettoinvestitionen berücksichtigt, so beträgt die Veränderung im Vergleich zum Budget 2006 nur noch 2,3 Prozent. In den übrigen Jahren liegt die jährliche Veränderung unter dem geschätzten Wachstum des BIP.

Die Laufenden Rechnungen der Jahre 2007 bis 2011 sehen Aufwandüberschüsse zwischen 6,5 (2009) und 15,7 Millionen Franken (2010) vor. Die Nettoinvestitionen nehmen von 184,8 Millionen Franken im Jahr 2007 auf 192,7 Millionen Franken im Jahr 2011 zu. Zur Erreichung der finanzpolitischen Erwartungen an den IFAP 2007-2011 haben wir den Globalkredit für kantonale Hochbauten ab 2008 auf 70 Millionen Franken festgelegt (vgl. Kap. X). Wir haben in unseren Berechnungen eine Erhöhung der Nettoinvestitionen in Kantonsstrassen von 45,8 Millionen Franken im Jahr 2007 auf 64,4 Millionen Franken im Jahr 2011 eingerechnet (inkl. Zubringer Rontal und Tieflegung Zentralbahn, Anteil Strasse).

Die Finanzierungsrechnung sieht in den Planjahren Finanzierungsfehlbeträge zwischen 5 (2009) und 14,4 Millionen Franken (2010) vor. Wir weisen wiederum den bereinigten Selbstfinanzierungsgrad aus (exkl. Einlagen und Entnahmen in Fonds). Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad beträgt 95,4 Prozent. Wir wollen in den Jahren 2008 und 2009 die bestehende Lücke zum geforderten Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent im ordentlichen Budgetprozess schliessen. Auf die Ausarbeitung von neuen Sparpaketen für die Jahre 2008 und 2009 kann voraussichtlich verzichtet werden (Vorbehalt: Zustimmung zur Kosa-Initiative).

Im Vergleich zum Budget 2006 haben wir in den Jahren 2007-2011 höhere Abschreibungen vorgese-  
hen. Von den Abschreibungen 2007 entfallen 24 Millionen Franken auf zusätzliche Abschreibungen,  
mit denen die im Budget 2007 enthaltenen Buchgewinne ausgeglichen werden. Die höheren Abschrei-  
bungen führen zu einem Wachstum des Schuldendienstes in Prozenten des Nettosteuerertrages ge-  
genüber dem Budget 2006.



## Total Aufwand der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung

(in Mio. Franken)

	R 2005	B 2006	B 2007	2008	2009	2010	2011	% <sup>1</sup>
Total	3'348.4	3'351.9	3'446.1	3'491.3	3'514.6	3'561.6	3'612.4	4.8
Allgemeine Verwaltung	358.2	355.8	386.2	361.6	360.3	364.2	368.1	-4.7
Öffentliche Sicherheit	228.6	221.5	226.8	243.1	246.8	249.9	252.8	11.5
Bildung	693.5	697.3	732.2	752.0	762.3	771.0	782.8	6.9
Kultur und Freizeit	52.7	44.7	44.7	47.2	48.8	50.4	52.0	16.3
Gesundheit	640.1	664.1	683.9	694.1	706.7	720.1	734.0	7.3
Soziale Wohlfahrt	684.4	716.5	692.5	695.8	706.3	717.0	727.9	5.1
Verkehr	104.7	106.8	110.9	125.1	124.5	126.2	126.7	14.2
Umwelt und Raumordnung	30.6	35.8	36.6	37.6	38.1	38.4	38.8	6.0
Volkswirtschaft	243.3	240.1	253.6	253.0	253.0	253.1	253.2	-0.1
Finanzen und Steuern	312.3	269.3	278.7	281.8	267.7	271.4	276.0	-1.0

<sup>1</sup> Veränderung in Prozenten zwischen B 2007 und 2011

Der Aufwand der Laufenden Rechnung nimmt zwischen 2007 und 2011 um 4,8 Prozent zu. Die Entwicklung der zehn Aufgabenbereiche ist stark durch den Teil Aufgabenentflechtung der NFA und die Finanzreform 08 beeinflusst. Das überdurchschnittliche Wachstum in den Bereichen „Öffentliche Sicherheit“, „Kultur und Freizeit“ und „Verkehr“ ist in den Lastenverschiebungen vom Bund oder von den Gemeinden im Rahmen dieser Aufgabenentflechtungen begründet, welche alle 2008 umgesetzt werden. Eine Analyse der Aufwandentwicklung zwischen 2008 und 2011 zeigt sowohl für den Gesamthaushalt (3,5 %) wie auch für die einzelnen Aufgabenbereiche ein moderates Kostenwachstum.



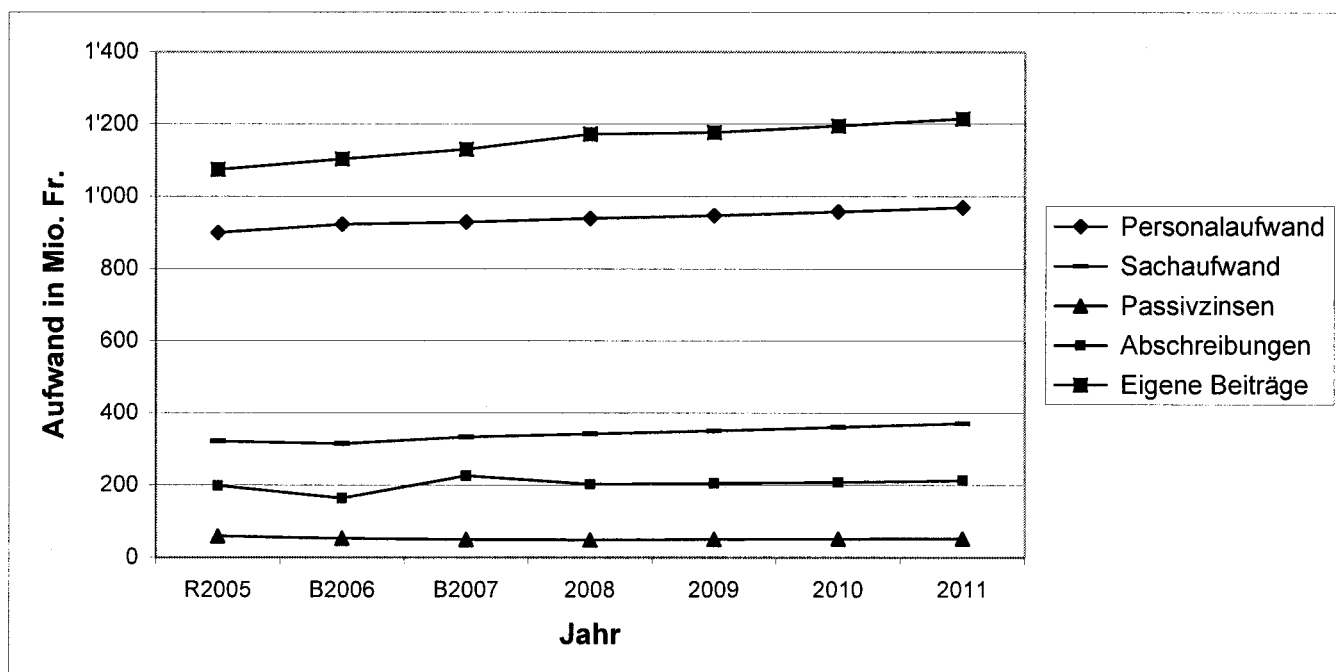
## Aufwand Laufende Rechnung nach Kostenarten

(in Mio. Franken)

	R 2005	B 2006	B 2007	2008	2009	2010	2011	%
Total Aufwand	3'348.4	3'351.9	3'446.1	3'491.3	3'514.6	3'561.7	3'612.5	4.8
Personalaufwand	900.1	923.3	928.8	939.4	947.1	957.5	969.2	4.4
Sachaufwand	322.0	314.8	333.8	342.8	351.4	361.1	371.7	11.4
Passivzinsen	58.6	52.6	49.0	48.7	49.8	50.8	51.4	4.9
Abschreibungen	198.0	164.3	226.0	203.0	204.9	208.2	212.7	-5.9
Eigene Beiträge/Staatsbeiträge	1'074.1	1'103.0	1'130.1	1'172.2	1'176.9	1'194.6	1'214.2	7.4

Im Budget 2006 war noch die Belastung aus der LUPK-Annuität enthalten. Durch den Beschluss Ihres Rates über die Verwendung des Ertragsüberschusses 2005 fällt diese Belastung weg, und der Personalaufwand wird um jährlich rund 25 Millionen Franken reduziert. Deshalb fällt der Zuwachs des Personalaufwands zwischen den Budgets 2006 und 2007 trotz der Erhöhung des budgetwirksamen Personalaufwands um 2 Prozent bescheiden aus. In den darauf folgenden Jahren kann der Personalaufwand dank der Beschränkung des Stellenausbaus auf zwingend notwendige Bereiche und der Umsetzung der Reform 06 im Rahmen der Teuerung gehalten werden. Das Wachstum des Sachaufwands resultiert vorab aus der Kostenentwicklung des medizinischen Bedarfs bei den Spitälern. Die SNB-Goldausschüttung hat zu einem Liquiditätsüberhang geführt. Die Reduktion des Zinsaufwandes tritt erst beim Auslaufen der Anleihen und Darlehen ein. Deshalb ist der Zinsaufwand bis 2008 leicht rückläufig. Er nimmt nachher aufgrund der erwarteten Zinserhöhung wieder leicht zu. Wir haben in den Jahren 2007 bis 2011 zusätzliche Abschreibungen vorgesehen. Diese führen dazu, dass die Abschreibungen gegenüber dem Budget 2006 zunehmen. Der Zeitreihenvergleich bei den eigenen Beiträgen/Staatsbeiträgen zwischen 2007 und 2011 ist durch die NFA und die Finanzreform 08 erschwert. Den wegfallenden Beiträgen an die AHV und die IV stehen höhere Kantonsbeiträge an die Ergänzungsleistungen, an die IV-Heime und an den öffentlichen Agglomerations- und Regionalverkehr gegenüber. Unter Ausklammerung dieser Sondereffekte kann von einer Stabilisierung der Staatsbeiträge gesprochen werden. Wir profitieren ab 2009 von wegfallenden Beiträgen beim innerkantonalen Finanzausgleich durch das Auslaufen der sechsjährigen Übergangsbestimmungen.

## Entwicklung des Aufwands der Laufenden Rechnung nach Kostenarten



## Ertrag Laufende Rechnung nach Kostenarten

(in Mio. Franken)

	R 2005	B 2006	B 2007	2008	2009	2010	2011	%
Total Ertrag	3'437.9	3'353.1	3'447.1	3'482.1	3'508.2	3'546.1	3'601.9	4.5
Steuern	1'022.2	987.1	1'007.9	988.0	992.5	997.2	1'019.4	1.1
Entgelte <sup>1</sup>	562.8	551.9	568.6	575.6	584.8	594.4	603.8	6.2
Beiträge und Anteile <sup>2</sup>	943.2	937.8	988.5	1'057.4	1'070.8	1'089.7	1'109.8	12.3
Übrige Erträge <sup>3</sup>	126.7	97.6	131.0	105.7	105.7	105.7	105.7	-19.3

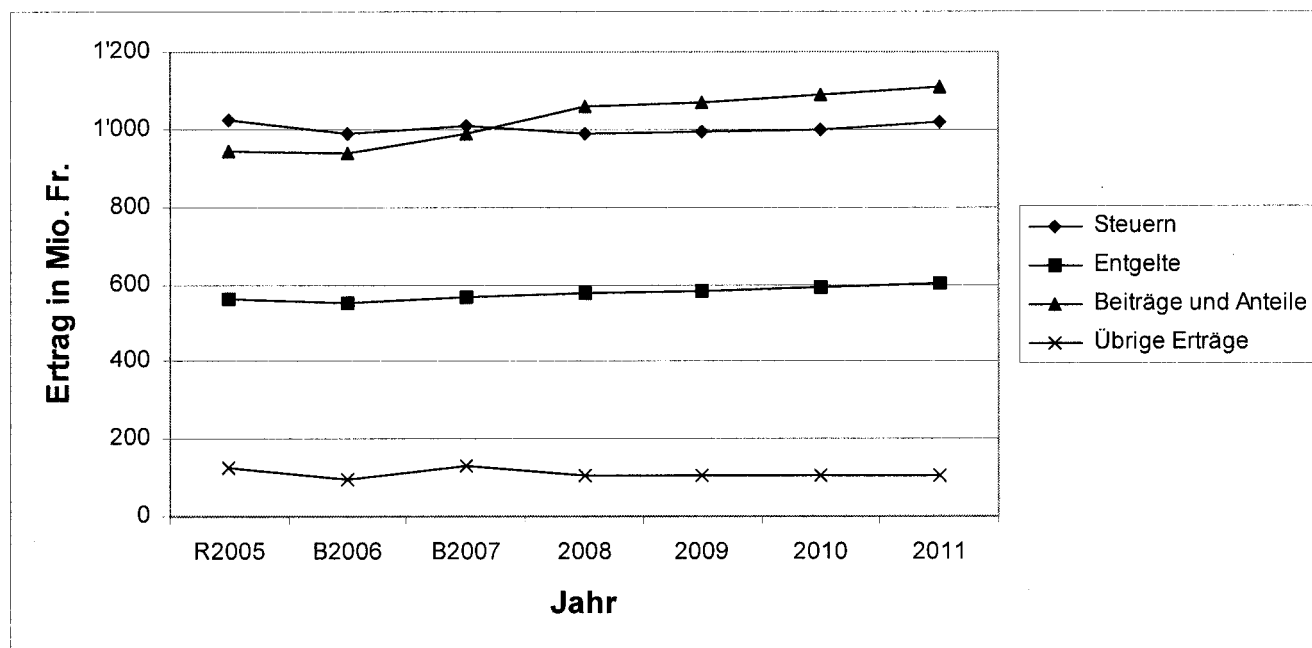
<sup>1</sup> Gebühren, Schulgelder und Spitaltaxen

<sup>2</sup> Subventionen, Rückerstattungen und Kantonsanteile an Bundeseinnahmen, 2005 ohne Golderlös SNB

<sup>3</sup> Regalien, Konzessionen und Vermögenserträge

Wegen der Steuersenkung um 1/10 einer Einheit im Jahr 2006 und der Steuergesetzrevision 2008 rechnen wir in allen Planjahren mit Steuererträgen unter dem Ist-Wert 2005. Da ein Teil des höheren Sachaufwands für medizinischen Bedarf an den Spitälern durch höhere Entgelte kompensiert wird, liegt die Entwicklung der Entgelte leicht über der erwarteten Teuerung. Die Veränderungen bei den Beiträgen und Anteilen zwischen 2007 und 2008 entstehen durch eine Vielzahl von Massnahmen im Rahmen der NFA und der Finanzreform 08. Der Ertrag von rund 300 Millionen Franken aus dem neuen Gefäss des Ressourcenausgleichs NFA wird durch den Wegfall der Finanzausgleichsquote, Reduktionen bei den Anteilen an den Nationalbankgewinnen und der Verrechnungssteuer und durch diverse Kürzungen von Bundes- und Gemeindebeiträgen teilweise kompensiert. Durch die erwarteten Entwicklungen des Ressourcenausgleichs und des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer sowie durch die teilweise Mitfinanzierung des Bundes und der Gemeinden an steigenden Staatsbeiträgen nehmen die Beiträge und Anteile auch in den Jahren ab 2008 zu. Höhere Dividenden der Luzerner Kantonalbank und Buchgewinne von 24 Millionen Franken im Jahr 2007 führen zu einer Erhöhung der Vermögenserträge 2007 im Vergleich zum Budget 2006.

#### **Entwicklung des Ertrags der Laufenden Rechnung nach Kostenarten**



## V. Finanzpolitische Beurteilung

Ihr Rat hat den IFAP 2006-2010 mit Grossratsbeschluss vom 5. Dezember 2005 nur teilweise genehmigt und folgende Auflagen gemacht:

- Die Überprüfung einer engeren Zusammenarbeit/Zusammenlegung der Hochschulen im Kanton Luzern soll beschleunigt fortgesetzt werden.
- Für die Jahre 2007-2010 sind zusätzliche Investitionen von 22 Millionen Franken im Bereich Gewässerverbauungen vorzusehen.
- Für das Jahr 2007 ist ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 90 Prozent und ab dem Jahr 2008 ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100 Prozent zu erreichen.
- Die Steuerbelastung der natürlichen Personen ist weiterhin dem Durchschnitt der übrigen Kantone anzunähern.

Die Zusammenarbeit/Zusammenlegung der Hochschulen wird mit den Arbeiten zur Reform 06 konkretisiert. Die erwartete Einsparung ist im IFAP 2007-2011 ab 2010 einberechnet. Wir werden Ihnen zur Umsetzung der Projekte der Reform 06 einen Rechenschaftsbericht vorlegen.

Wir haben Ihnen mit dem Dekret über einen Sonderkredit für die Vorfinanzierung der Folgekosten des Hochwassers im August 2005 (B 138 vom 11. April 2006) einen Vorschlag unterbreitet, wie wir die zusätzlichen Investitionen für Gewässerverbauungen finanzieren wollen. Ihr Rat hat bei der Verwendung des Ertragsüberschusses 2005 diesem Vorschlag mit dem Erlass eines entsprechenden Dekrets entsprochen.

Das Budget 2007 weist unter Ausklammerung der Buchgewinne einen Selbstfinanzierungsgrad von 90,1 Prozent aus. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 2008 94,5 Prozent, 2009 97,4 Prozent, 2010 92,5 Prozent und 2011 97,3 Prozent. Damit kann die Vorgabe eines Selbstfinanzierungsgrades von 100 Prozent ab 2008 im IFAP 2007-2011 noch nicht erreicht werden. Wir sind überzeugt, die notwendigen Einsparungen in den Budgetprozessen 2008 und 2009 erreichen zu können (Vorbehalt: Kosa-Initiative).

Der Kanton Luzern hat sich im Steuerbelastungsindex 2005 mit 114,5 Indexpunkten (Vorjahr: 126 Indexpunkte) und dem 15. Platz (Vorjahr: 20. Platz) deutlich verbessert. Nebst den linearen Steuersenkungen der letzten Jahre hat vor allem die Steuergesetzrevision 2005 zu dieser Verbesserung beigetragen. Die Nettomittel aus der NFA bieten die Gelegenheit, unsere Position im Steuerwettbewerb nachhaltig zu verbessern. Mit der Senkung der Staatssteuern ab 2006, diversen Steuerfussenkungen

der Gemeinden und der Steuergesetzrevision 2008 werden wir unsere Position weiter verbessern. Ob der angestrebte Indexwert von höchstens 100 Indexpunkten ab 2010 erreicht werden kann, hängt stark vom Verhalten der übrigen Kantone ab.

Wir konnten unsere Schulden mit der im letzten Jahr erfolgten Goldausschüttung der Schweizerischen Nationalbank stark reduzieren. Wir müssen der Netto-Schuld weiterhin eine hohe Beachtung schenken. Wir wollen gemäss Finanzleitbild 2006 aus dem ordentlichen Geschäft keine neuen Schulden machen und mit ausserordentlichen Erträgen die Netto-Schuld weiter abbauen. Die Netto-Schuld pro Kopf soll dadurch von rund 3'600 Franken (nach Verwendung Ertragsüberschuss 2005) auf 3'000 Franken im Jahr 2010 gesenkt werden. Der vorliegenden IFAP 2007-2011 bestätigt, dass dieses Ziel realistisch ist.

Der IFAP 2007-2011 zeigt, dass trotz einer gegenüber den ursprünglichen Erwartungen reduzierten Nettoentlastung aus der NFA-Globalbilanz 2004/2005 ausgeglichene Laufende Rechnungen und ein Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent ab 2008 möglich sind. Die Ausfälle der Steuergesetzrevision 2008 können durch die NFA-Nettomittel und dank grosser Zurückhaltung beim Ausbau von bestehenden und bei der Schaffung von neuen Angeboten verkraftet werden. Mit der Lohnrunde 2007 (Erhöhung des budgetwirksamen Personalaufwands um 2 Prozent) und der Entlastung der Gemeinden von 20 Millionen Franken zulasten des Kantons im Rahmen der Finanzreform 08 zeigen wir, dass die Erreichung der finanzpolitischen Ziele nicht zulasten dieser wichtigen Anspruchsgruppen geht. Die Investitionen steigen im Vergleich zu 2005 und 2006. Die Ziele des Finanzleitbilds 2006 werden erreicht.



## VI. Funktion und Bedeutung des IFAP

### 1. Grundsätzliches

Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan (IFAP) ist seit 2002 das Instrument für die mittelfristige Planung. Er ist vorab eine Auslegeordnung. Er zeigt zusammenfassend die finanziellen Auswirkungen der bereits beschlossenen Projekte, der Bundespolitik sowie der eigenen Steuerpolitik und orientiert über zusätzlich geplante Vorhaben und deren mutmassliche Kosten. Der IFAP dient der Regierung und dem Grossen Rat dazu, Prioritäten zu setzen und die im Legislaturprogramm und im Finanzleitbild formulierten übergeordneten Ziele zu erreichen.

Wir zeigen im IFAP die voraussichtliche Entwicklung der zehn staatlichen Hauptaufgaben. Zu jeder Hauptaufgabe finden Sie einen Berichtsteil und einen Zahlenteil.

Die Rahmenbedingungen können von einem Voranschlagsjahr zum nächsten erheblich ändern. Dies gilt für die volkswirtschaftlichen Annahmen wie auch für die Auswirkungen der Bundespolitik. Auch die politische Meinung der Entscheidungsträger kann ändern. Im Weiteren beruhen die Kosten sämtlicher Projekte und Investitionen auf Schätzungen. Je weiter der Planungshorizont, desto mehr handelt es sich bei den Planzahlen um blosser Leitplanken.

Die im Text erwähnten Zahlen zu den geplanten Vorhaben dienen der zusätzlichen Information. Sie sind in den Berechnungen des IFAP 2007-2011 aber noch nicht enthalten. Eine Ausnahme bilden hier die Investitionen in kantonale Hochbauten. In den in Kapitel „X. Kantonale Hochbauten“ aufgeführten Totalen sind die beschlossenen, die geplanten und kleinere, im IFAP nicht erwähnte Projekte enthalten. Über die von den Departementen geplanten Vorhaben haben wir grösstenteils noch keine politischen Diskussionen geführt. Wir führen diese Vorhaben im Text dennoch auf. Dies ergibt einen besseren Überblick und erlaubt unserem und Ihrem Rat, rechtzeitig Schwerpunkte zu setzen.

Sie können den IFAP genehmigen, teilweise genehmigen oder nicht genehmigen. Sie haben bisher den IFAP jeweils teilweise genehmigt. Sie können auch Bemerkungen beschliessen, im Beschluss konkrete Aufträge für die weitere Planung festhalten und zu einzelnen Vorhaben parlamentarische Vorstösse einreichen. Da es sich beim IFAP um einen Planungsbericht handelt, stellt die Genehmigung keine Bewilligung konkreter Projekte dar. Mit der Genehmigung geben Sie lediglich zum Ausdruck, dass Sie mit der allgemeinen Stossrichtung einverstanden sind. Für Vorhaben, welche in Ihre Zuständigkeit fallen, werden wir Ihnen separate Vorlagen unterbreiten.

## **2. Formale Anpassungen gegenüber dem IFAP 2006-2010**

Wir haben bei den Grundaufträgen der zehn Hauptaufgaben auf die Rubrik „a) Inhaltliche Veränderungen“ verzichtet. Dafür haben wir in den Grundaufträgen den „Indikatoren und Kenngrössen“ eine höhere Bedeutung als bisher beigemessen. Wir haben die wesentlichen Kostentreiber zu den einzelnen Aufgaben aufgeführt. Dies ermöglicht, die erwartete Aufwand- und Ertragsentwicklung mit Annahmen über die Mengenentwicklung in Verbindung zu bringen.

Wir hatten im IFAP 2006-2010 die erwarteten Einsparungen aus der Reform 06 summarisch in der Hauptaufgabe „0 Allgemeine Verwaltung“ und die erwartete Nettoentlastung aus der NFA, mit Ausnahme der Spezialfinanzierung Strassenrechnung, in der Hauptaufgabe „9 Finanzen und Steuern“ eingestellt. Die in der Zwischenzeit erfolgte Konkretisierung dieser Projekte ermöglicht uns, die einzelnen Massnahmen den betroffenen Hauptaufgaben zuzuordnen. Insbesondere die NFA und das kantonale Anschlussprojekt Finanzreform 08 führen in diversen Aufgabenbereichen zu erheblichen Verschiebungen und zu einer erschwerten Vergleichbarkeit im Zeitreihenvergleich.

## **3. Ausblick**

Wir werden bei der Erarbeitung des Legislaturprogramms 2007-2011 sicherstellen, dass sich die darin enthaltenen Ziele den zehn staatlichen Hauptaufgaben zuordnen lassen. Wir können somit gegenüber heute die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente Legislaturprogramm und Integrierter Finanz- und Aufgabenplan verbessern.

Wir haben in der Motion M 55 von Herbert Widmer über eine Revision des Finanzhaushaltgesetzes in Aussicht gestellt, nach Abschluss des interkantonalen Projekts „Revision der Rechnungslegung der Kantone und Gemeinden (HRM2)“ das Finanzhaushaltgesetz zu überarbeiten. Nebst der Rechnungslegung im engeren Sinn sollen allenfalls auch die Steuerungs- und Planungsinstrumente angepasst werden. Zwischen dem IFAP (Sicht „Zehn staatliche Hauptaufgaben“) und dem Voranschlag (Sicht „Dienststellen und Leistungsgruppen nach Departementen“) besteht momentan eine mangelnde Durchgängigkeit. Dieser Mangel wird durch die in diesem Dokument enthaltene „Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen“ nur reduziert, jedoch nicht behoben. Wir werden uns deshalb bei der Überarbeitung des Finanzhaushaltgesetzes auch dieser Problematik annehmen.

## VII. Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm 2003 – 2007

### Politische Vorgaben

#### 1. Wir wollen den Standort Luzern stärken und den Kanton vorwärts bringen

Mit einem attraktiven Bildungs- und Kulturangebot, einer guten und bezahlbaren Gesundheitsversorgung, mit starken Gemeinden und mit funktionsfähigen Infrastrukturen bleibt der Kanton Luzern konkurrenzfähig.

Die Luzernerinnen und Luzerner sollen sicher sein, dass sie am „richtigen Ort“ leben und arbeiten.

#### 2. Wir müssen mit unseren Mitteln haushälterisch umgehen

Unser finanzieller Handlungsspielraum ist eng begrenzt. Wir werden am richtigen Ort investieren und nicht am falschen Ort sparen. Oberstes Ziel bleibt ein gesunder Staatshaushalt.

Die Luzernerinnen und Luzerner sollen sicher sein, dass Steuern und Gebühren gerecht erhoben und sinnvoll verwendet werden.

#### 3. Wir werden unsere Ziele ohne unnötigen Aufwand erreichen

Der Kanton verfügt über ein Budget von rund drei Milliarden Franken. Er ist der grösste Investor und der grösste Arbeitgeber im Kanton Luzern. Wir sind uns der damit verbundenen Verantwortung bewusst und setzen alles daran, die staatlichen Leistungen qualitativ gut und preiswert zu erbringen. Wir sorgen für transparente Arbeitsabläufe und verbessern die Voraussetzungen, um effizient mit anderen Gemeinwesen und mit Privaten zusammenzuarbeiten.

Die Luzernerinnen und Luzerner sollen sicher sein, dass der Kanton für sie da ist, dass Regierung und Verwaltung ihr Vertrauen verdienen.

## Finanzielle Vorgaben

In der Amtszeit 2003 – 2007 müssen wir die Ausgaben im Griff halten, die Ansprüche mit den finanziellen Möglichkeiten in Einklang bringen und unsere Mittel gezielt einsetzen. Wir erachten dies als Herausforderung, nach tauglichen und finanzierbaren Lösungen zu suchen, die den Kanton Luzern weiterbringen. Wir werden uns auf das Notwendige und Wichtige beschränken und dazu stehen, dass der Staat nicht alle Bedürfnisse befriedigen kann.

## Umsetzung des Legislaturprogramms

Die Ziele Nr. 1.3, 9.5, 9.6, 9.7, 10.6, 10.7, 11.3, 11.4 und 11.5 sind Bemerkungen des Grossen Rats zum Legislaturprogramm. Gemäss § 79a, Grossratsgesetz, informiert der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem nächsten Jahresbericht über die Behandlung der Bemerkungen.

### \* Vorbemerkung zur Spalte „Bezug zur Hauptaufgabe“

Wir haben alle beschlossenen und eingerechneten Vorhaben, alle geplanten Vorhaben und alle Gesetzesänderungen mit einer Identifikationsnummer versehen. Das ermöglicht die Verknüpfung der Kapitel „VI. Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm 2003-2007“ und „VIII. Aufgaben und Finanzen“. Diese Verknüpfung wird mit dem hier aufgeführten „Bezug zur Hauptaufgabe“ hergestellt. Das Nummerierungssystem hat folgende Bedeutung:

- |           |   |  |
|-----------|---|--|
| 1. Stelle | zeigt den betroffenen Hauptaufgabenbereich  | <b>4.x.x</b> (=Gesundheit)               |
| 2. Stelle | zeigt die Art des Vorhabens   | <b>x.1.x</b> (=Beschlossen/Eingerechnet) |
|           |   | <b>x.2.x</b> (=Geplant)                  |
|           |   | <b>x.3.x</b> (=Gesetzesänderungen)       |
| 3. Stelle | ist die laufende Nummerierung innerhalb der Kategorie, welche sich aus der 1. und 2. Stelle ergibt (z.B. 4.1.x bei allen beschlossenen und eingerechneten Vorhaben im Hauptaufgabenbereich Gesundheit). |  |
| 4. Stelle | zeigt das 1. Jahr der Planperiode. Das in diesem Dokument verwendete 07 bedeutet also eine Referenzierung auf den IFAP 2007-2011.   |  |

Nr.	Ziel			
1.	<b>Eine Staatsorganisation für die Zukunft</b> Die grossen Reformprojekte – Luzern '99, wirkungsorientierte Verwaltung WOV und neuer Finanzausgleich – haben die Regierungs- und Verwaltungsarbeit im Kanton Luzern in den vergangenen Jahren verbessert. Dem Kanton gelingt es, die meisten Aufgaben speditiv, preiswert und kundenorientiert zu erfüllen.			
1.1	Wir wollen die Organisation unseres Staates weiter verbessern und zukunftsfähig erhalten			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Projekt „Reform 06“	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2005 - 2010	0.1.6/07, 1.1.10/07, 2.1.11/07, 4.1.8/07, 8.1.6/07
	Projekt „JU 10“ Reform Gerichtswesen aufgrund neuer Bundesgesetzgebung und neuer Kantonsverfassung	Obergericht	2007 - 2011	1.1.8/07, lit. b, 1.3.2/07, 1.3.4/07, 1.3.6/07
1.2	Erarbeitung einer neuen Kantonsverfassung. Sie soll verständlich, übersichtlich und in moderner Sprache abgefasst sein.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Volksabstimmung zur neuen Kantonsverfassung	JSD	2007	0.1.5/07
1.3	<b>Bemerkung des Grossen Rats:</b> Der Kanton leistet gezielte, effiziente und nachhaltige Förderung aller Regionen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Erarbeitung der Entwürfe der Waldentwicklungspläne des Kantons Luzern.	BUWD	2006 - 2010	-
	Erstmalige Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts „Ländlicher Raum“ gemäss Neuer Regionalpolitik des Bundes (NRP).	BUWD	2005 - 2007	-
	Weiterentwicklung S-Bahn-Luzern mit der 2. Etappe: Neue S-Bahn-Stationen, Angebotsverbesserungen und neues Rollmaterial, integraler Tarifverbund (siehe auch Ziele Nr. 12.2 und 12.5).	BUWD	2004 - 2007	-
2.	<b>Selbständige Gemeinden</b> Der Regierungsrat hat mit Luzern '99 einen Reformprozess in Gang gesetzt, der die Gemeinden in ihrer Autonomie stärken wird. Zukunftsfähige Verwaltungseinheiten durch Gemeindefusionen, neue Zusammenarbeitsmodelle und der neue Finanzausgleich versetzen die Gemeinden in die Lage, selbständiger als bisher über ihre Mittel zu verfügen und sie wirksam einzusetzen.			
2.1	Wir führen das Projekt Gemeindereform 2000+ im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Kantons weiter.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Aufgabenteilungsprojekt Kultur: Anpassung der damit verbundenen politischen und rechtlichen Grundlagen (v.a. Revision Denkmalschutzgesetz und Kulturförderungsgesetz).	BKD	2008	3.3.2/07
	Kantonalisierung der städtischen Mittelschulen. Übernahme Trägerschaft durch Kanton gemäss Vertrag mit der Stadt Luzern (Mittelschuloptimierung).	BKD	2007	-
	Finanzreform 08 (Kantonales Anschlussprojekt NFA) in Zusammenarbeit mit den Gemeinden: Wir unterbreiten die Botschaft im März 2007 dem Grossen Rat. Wir führen die Volksabstimmung 2007 durch.	FD	2005 - 2008	Die NFA und die Finanzreform 08 haben Auswirkungen auf fast alle Hauptaufgaben.
	Finanzreform 08, Teilprojekt gesellschaftliche Integration und Soziales: Bearbeiten der mit Priorität C versehenen Aufgaben.	GSD	2008	-
	Zweiter Wirkungsbericht zum kantonalen Finanzausgleich.	JSD	2007	-

Nr.	Ziel			
	Anpassungen des Finanzausgleichgesetzes.	JSD	2009	9.3.2/07
	Sonderbeitrag Finanzhaushaltgesetz: Äufnung eines neuen Topfs.	JSD	ab 2009	9.1.7/07
3.	<b>Starkes Zentrum für einen starken Kanton</b> In der dicht besiedelten, kleinräumigen Agglomeration Luzern sind die Reformziele schwieriger zu erreichen als auf der Landschaft. Die Stadt und die umliegenden Gemeinden versuchen, die Zusammenarbeit untereinander zu verbessern und zu verstärken. Die Strukturen dieser Zusammenarbeit sind heute kompliziert (für jede Aufgabe eine spezielle Organisation). Wir unterstützen daher alle Bestrebungen, diese Zusammenarbeit zu vereinfachen. Wir unterstützen die Diskussion über eine markante Vergrößerung der Stadt Luzern auf deutlich über 100'000 Einwohner durch Zusammenschluss von Gemeinden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Die aktive Unterstützung des Prozesses soll die Politik der Zusammenarbeit oder Fusion in der Agglomeration Luzern vorantreiben. Beiträge an Projekte und Ansprechstelle in der Verwaltung.	JSD	2007 - 2011	-
	Fusionsbeitrag Luzern und Littau von 20 Millionen Franken (Dekret in Erarbeitung, Beitrag im IFAP 2007-2011 rechnerisch noch nicht berücksichtigt).	FD	2010 - 2013	-
4.	<b>Grenzen überwinden</b>			
4.1	Wir führen die enge Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Kantonen weiter. Langfristig halten wir das Zusammenwachsen der Zentralschweiz zu einem einheitlichen Lebensraum für wünschbar.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Projekt „eine Hochschule Luzern-Zentralschweiz“: Überprüfung der Zusammenführung der Konkordate Fachhochschule Zentralschweiz und Pädagogische Hochschule Zentralschweiz.	BKD	2006 - 2008	2.1.11/07, lit. a)
	Intensivierung der Zusammenarbeit der Zentralschweizer Berufsbildungsämter und Etablierung eines Zentralschweizer Ausbildungsverbundes.	BKD	2008	-
	Zentralschweizer Umweltdirektorenkonferenz (ZUDK): Umsetzung des gemeinsamen Massnahmenplanes Luftreinhaltung.	BUWD	2004 - 2011	-
	Zentralschweizer Lösung für das Messwesen (Eichmeister).	JSD	2007	-
4.2	Wir orientieren uns gleichzeitig stärker Richtung Zürich, Aargau und Nordwestschweiz. Wir wollen die Zusammenarbeit mit diesen Regionen in den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit, Raumplanung, Sicherheit, Verkehr und Kultur ausbauen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Realisierung gemeinsamer Projekte im Rahmen der Nordwestschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK).	BKD	ab 2006	-
	Abschluss der Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen mit Zürich und allen Zentralschweizer Kantonen (siehe auch 4.4).	BKD	2008	3.1.2/07
	Gemeinsame Planung und Bestellung von grenzüberschreitenden ÖV-Angeboten mit Nachbarkantonen.	BUWD	2004 - 2007	-
	Weiterpflegen der bestehenden, vielfältigen Zusammenarbeit mit der Abteilung Umweltschutz des Baudepartements des Kantons Aargau.	BUWD	2004 - 2011	-
	Aufbau und Realisierung der interkantonalen Polizeischule Hitzkirch.	JSD	2007	1.1.4/07



Nr.	Ziel			
	Aufnahme des Haft- und Untersuchungsgefängnis Grosshof in das Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz.	JSD	2008	-
4.3	Wir lehnen isolierte Zusammenschlüsse von Luzerner Gemeinden mit Gemeinden anderer Kantone ab.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Zur Zeit sind keine Massnahmen geplant.	JSD		
4.4	Wir verfolgen gegenüber unseren Nachbarkantonen eine Politik der fairen Abgeltung von Zentrumsleistungen. Eine enge Zusammenarbeit mit anderen Kantonen macht nur dann Sinn, wenn davon auch der Kanton Luzern profitiert.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Entwicklung aller Schulabkommen in Richtung volle Kostenabgeltung.	BKD	2008	-
	Abschluss der Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen mit Zürich und allen Zentralschweizer Kantonen (siehe auch 4.2).	BKD	2008	3.1.2/07
5.	<b>Verwaltung weiter straffen</b> Die Luzernerinnen und Luzerner haben 2002 der Volksinitiative „für eine effiziente Regierung und schlanke Verwaltung“ und damit der Verkleinerung des Regierungsrates auf fünf Mitglieder zugestimmt. Wir haben die Departemente neu gegliedert und dabei darauf geachtet, dass möglichst homogene Aufgabenbereiche entstehen, dass die Arbeitsbelastung gleichmässig auf die Departementsvorsteherinnen und -vorsteher verteilt wird und dass das politische Gewicht der einzelnen Departemente möglichst ausgeglichen ist.			
5.1	Wir wollen in einer zweiten Phase der Departementsreform die Synergien nutzen, die durch die Reduktion auf fünf Departemente entstanden sind. Die Organisation soll weiter gestrafft und Verwaltungsabläufe sollen vereinfacht werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Projekt „Reform 06“	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2005 - 2010	0.1.6/07, 1.1.10/07, 2.1.11/07, 4.1.8/07, 8.1.6/07
	Überprüfung und Optimierung von Organisation und Leistungen im Bildungs- und Kulturdepartement.	BKD	2007	2.1.6/07, 2.1.11/07
	Einheitliche Informatikstrategie für die Verwaltung erarbeiten und umsetzen.	FD	2005 - 2007	-
	Optimierung der Verwaltung der kantonalen Liegenschaften (u.a. Reduktion der eingesetzten Informatikmittel, Einführung der Kostenmiete).	FD	2007 - 2009	-
	Nutzen des Datenpools für die automatisierte Übermittlung von Abstimmungs- und Wahlresultaten der Gemeinden an den Kanton.	JSD	2007	-
5.2	Wir werden innerhalb der Departemente noch Feinabstimmungen vornehmen, Dienststellen zusammenlegen, einzelne Tätigkeitsbereiche von Dienststellen abtrennen und auch departementsübergreifend einer anderen Dienststelle zuordnen oder bestimmte Aufgaben auf Stellen ausserhalb der Zentralverwaltung übertragen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Reduktion der Dienststellen im Bildungs- und Kulturdepartement und Straffung der Führungsorganisation (Teilprojekt Reform 06).	BKD	2007	2.1.6/07, 2.1.11/07
	Neuorganisation Milchwirtschaftlichen Inspektions- und Beratungsdienst Bern (MIBD).	BUWD/GSD	2006 - 2007	-

Nr.	Ziel			
6.	<b>Wirkungsorientiert, aber einfacher</b> Im Jahr 2005 wird die wirkungsorientierte Verwaltung flächendeckend eingeführt sein. Das neue Verwaltungsmodell funktioniert, die angestrebte Kosten- und Leistungstransparenz wurde weitgehend erreicht. Regierung und Verwaltung arbeiten mit verlässlichen Führungsinstrumenten.			
6.1	Wir wollen die Arbeit der Regierung und des Parlaments mit verbesserten Planungs- und Steuerungsinstrumenten unterstützen. Zu diesem Zweck müssen die Instrumente der Verwaltungsführung und der politischen Steuerung besser aufeinander abgestimmt werden und sich auf die wesentlichen Inhalte konzentrieren.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Weiterentwicklung IFAP entsprechend den Anforderungen des Parlamentes und der Regierung mit dem Ziel, die Durchgängigkeit der Instrumente Legislaturprogramm, IFAP und politischer Leistungsauftrag sicherzustellen.	FD	2007	-
	Aufbau eines verdichteten Berichtswesens zu Händen der Gesamtregierung.	FD	2007 - 2008	-
	Leitbild und Legislaturprogramm 2007 – 2011	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2007	-
6.2	Der Kanton Luzern soll künftig über ein ausgereiftes, durchgängiges System von politischer Steuerung und Verwaltungsführung mit einfachen Strukturen und klaren Abläufen verfügen.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Leitbild und Legislaturprogramm 2007 – 2011	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2007	-
7.	<b>Können es andere besser oder kostengünstiger?</b> In den vergangenen Jahren haben wir die Arbeitsabläufe in der Zentralverwaltung transparenter gestaltet. Heute wissen wir weitgehend, was die Leistungen des Staates tatsächlich kosten.			
7.1	Wir wollen abklären, ob sich durch die Ausgliederung von Aufgaben aus der Zentralverwaltung, die Verselbständigung einzelner Verwaltungseinheiten oder eine engere Zusammenarbeit mit Dritten, anderen Gemeinwesen oder Privaten Kosten einsparen lassen. Anhand einzelner Bereiche oder Dienststellen (z.B. Spitäler, Strassenverkehrsamt) werden wir diese Möglichkeiten prüfen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Projekt „Reform 06“	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2005 - 2010	0.1.6/07, 1.1.10/07, 2.1.11/07, 4.1.8/07, 8.1.6/07
	Wir erarbeiten dort wo sinnvoll neue Branchenlösungen (delegierter Vollzug der Betriebskontrollen, Qualitätskontrolle durch die Dienststelle Umwelt und Energie).	BUWD	2004 - 2011	-
	Auslagerung des Lehrmittelverlags prüfen.	FD	2007	-
	Verselbständigung der öffentlichen Spitäler und Kliniken des Kantons Luzern im Rahmen des neuen Spitalgesetzes.	GSD	2007 - 2008	4.3.1/07
	Prüfen der Verselbständigung des Strassenverkehrsamtes.	JSD	2007	-
8.	<b>Sicherheit als Daueraufgabe</b> Wir erachten den Schutz von Leib und Leben sowie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung als eine unserer wichtigsten Daueraufgaben. Polizei und Strafverfolgungsbehörden haben in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet. Verschiedenen Untersuchungen belegen, dass sich die Luzernerinnen und Luzerner sicher fühlen dürfen.			



Nr.	Ziel			
8.1	Die Polizei soll eine kantonale Aufgabe bleiben.			
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	3. Phase Personalaufstockung Kantonspolizei um je acht Personen.	JSD	2008 - 2010	1.2.1/07
	Einführung des schweizweit eingesetzten Funksystems Polycorn.	JSD	2007 - 2010	1.2.2/07
8.2	Gesetzliche Regelung für Bevölkerungsschutz und Zivilschutz.	JSD	2008	1.1.8/07 lit. d)
	Wir sorgen für eine gute Ausbildung der Polizei und unterstützen den Aufbau der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch.			
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
8.3	Ausbildung unserer Polizeianwärter/innen an der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch.	JSD	2007	1.1.4/07
	Wir sind bereit, unseren Teil dazu beizutragen, dass die kantonalen Polizeikörper im Alltag und bei aussergewöhnlichen Ereignissen (z.B. WEF, Davos) noch enger zusammenarbeiten können.			
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Verstärkung der Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeikörpern, auch über die Zentralschweiz hinaus.	JSD	2007 - 2011	-
8.4	Pol XXI, Projekt der Kantonalen Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der zentralschweizer Polizeikörper zu intensivieren.	JSD	2007 - 2015	-
	Wir sind überzeugt, dass insbesondere Sozial- und Familienpolitik sowie Integrationspolitik wesentlich dazu beitragen, unsere Gesellschaft noch sicherer zu machen. Wir werden daher die Familien stärken. Dazu gehört unter anderem eine steuerliche Entlastung. Das Leitbild unserer Ausländer- und Integrationspolitik bleibt gültig. Wir befürworten, erleichtern und fördern die Einbürgerung von integrierten einbürgerungswilligen Ausländerinnen und Ausländern (Leitbild).			
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Steuergesetzrevision 2008 (siehe auch 13.3).	FD	2007-2010	9.1.2/07
	Einführung von Tagesstrukturen in der Volksschule.	BKD	ab 2006	-
	Unterstützung von Schulen mit hohem Anteil an Fremdsprachigen.	BKD	ab 2007	-
	Ableiten von Zielen und Massnahmen aus dem Familienleitbild.	GSD	2007	-
9.	Umsetzung des Leitbildes zur Ausländer- und Integrationspolitik (insbesondere Förderung der Einbürgerungen, Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildung des kantonalen Personals, Projektförderung und Bekämpfung des Missbrauchs im Ausländerrecht).	JSD	2007	-
	<b>Bildung ist unsere Investition in die Zukunft</b> Das Schulangebot im Kanton Luzern ist qualitativ gut und attraktiv. Dies verdanken wir in erster Linie den Lehrerinnen und Lehrern. Gut ausgebildete Menschen, die befähigt sind, die Zukunft zu meistern, sind unverzichtbar für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft. Deshalb wollen wir unser Bildungsangebot immer wieder den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anforderungen anpassen.			

Nr.	Ziel			
9.1	Im Rahmen des Projekts „Schule in Diskussion“ haben wir uns grundsätzliche Überlegungen zum Volksschulunterricht gemacht und die Rolle aller Beteiligten geklärt. Die Erkenntnisse aus diesem Projekt dienen als Entscheidungsgrundlagen im Hinblick auf die weitere Schulentwicklung. Es ist unbestritten, dass das Unterrichtsangebot angepasst werden muss und eine stärkere Konzentration auf die wesentlichen Unterrichtsinhalte gewünscht wird. Welche Fremdsprachen wann in der Volksschule unterrichtet werden sollen, klären wir in enger Abstimmung mit den anderen Kantonen ab. Dem Grossen Rat werden wir im Sommer 2004 einen Planungsbericht zu diesen Themen unterbreiten.			
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Projekt „Schulen mit Zukunft“. Aktuell laufen die folgenden drei Hauptprojekte: - Elementare Bildung - Basisstufe - Lehren und Lernen	BKD	2005 - 2009	-
	Planungsbericht über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schulen und Lehrpersonen (Renaissance des Lehrberufs). Umsetzung folgender Massnahmen: - Förderung der Schulsozialarbeit durch Förderbeiträge - Ausweitung des Schulpools zur Entlastung der Lehrpersonen für besondere Aufgaben - Ausweitung der länger dauernden Weiterbildung	BKD	ab 2005	2.2.3/07  2.1.1/07 lit. c und 2.2.3/07 lit. d)
	Planungsbericht über den Computer-Einsatz in den Volksschulen und den Schulen der Sekundarstufe II. Umsetzung der Massnahmen.	BKD	2008	-
	Planungsbericht über den Fremdsprachenunterricht an den Volksschulen des Kantons Luzern an den Grossen Rat.	BKD	2007	-
	Planungsbericht über ein lohnrelevantes Qualifikationssystem bei den Lehrpersonen an den Grossen Rat.	BKD	2008	2.2.1/07
	Botschaft zur Initiative „Eine Fremdsprache in der Primarschule“.	BKD	2007	-
	Botschaft zur Initiative „Musikschulen ins Volksschulbildungsgesetz“.	BKD	2007	-
9.2	Wir werden auch in Zukunft in allen Regionen des Kantons Luzern eine gymnasiale Maturitätsschule führen. Wir erachten es indessen als sinnvoll, Strukturen und Inhalte der gymnasialen Ausbildung breit zu überprüfen, bevor wir teure Neuinvestitionen vornehmen.			
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Günstige Voraussetzungen schaffen für Übertritt ins Kurzzeitgymnasium nach der 2. Sekundarklasse.	BKD	2009	-
	Bereitstellung der erforderlichen Infrastrukturen in der Agglomeration Luzern. Nachhaltige Entlastung der Kantonsschule Luzern.	BKD	2010	2.1.2/07
9.3	Wir wollen den dualen Berufsbildungsweg stärken und die Partnerschaft mit der Wirtschaft intensivieren. Im schulischen Bereich beabsichtigen wir, Strukturen und Organisation der Berufsschulen im Kanton Luzern an die Erfordernisse des neuen Berufsbildungsgesetzes anzupassen.			
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Umsetzung der neuen Bildungsverordnungen (bisher: Ausbildungsreglemente) gemäss Masterplanung der Verbundpartner.	BKD	ab 2006	-
	Reorganisation der Berufsschulkreise und Berufszuordnungen.	BKD	2008	2.1.6/07

Nr.	Ziel			
	Reorganisation des Prüfungswesens und Etablierung der alternativen Qualifikationsverfahren gemäss nBBG.	BKD	2008	2.1.8/07
	Kantonalisierung der städtischen Mittelschulen.	BKD	2007	2.1.4/07 lit. a)
	Intensivierung der Verbundpartnerschaft gemäss neuem Berufsbildungsgesetz (nBBG) mit Betrieben und Verbänden.	BKD	Ab 2007	2.1.3/07
	Optimierung der Nahtstelle zwischen Sekundarstufe I und II in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungspartnern und den Volksschulen.	BKD	2008	-
9.4	Luzern soll zu einem Zentrum für Hochschulbildung werden und als solches auch wahrgenommen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, dass unsere Universität mit ihren drei Fakultäten den Neubau am Kasernenplatz im Jahr 2008 beziehen kann. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die Zusammenarbeit und die Vernetzung der verschiedenen Hochschulen untereinander enger und effizienter wird (Campus Luzern).			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Massnahme zu Uni-Bau siehe Ziel Nr. 9.7.			
	Konsequente Umsetzung der Universitäts-Strategie.	BKD	2005 - 2011	2.1.9/07, 2.2.6/07
	Neben den konsolidierten Projekten „Offener Campus“, Hochschulsport und Kinderkrippe wird die Kooperation in Forschung und Lehre durch die Hochschulen laufend ausgebaut. Zugleich werden weitere Formen der Zusammenarbeit und strukturellen Synergiegewinnung im Rahmen des Projekts „Hochschule Luzern-Zentralschweiz“ geprüft (Teilprojekt Reform 06).	BKD	2005 - 2010	2.1.11/07 lit. b)
9.5	<b>Bemerkung des Grossen Rats:</b> Eine Gesamtschulplanung (inkl. Musikschule) mit Kostenfolge soll für das ganze kantonale Bildungsangebot gemacht werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Im Planungsbericht über die Schulentwicklung nach 2005 (B52) haben wir die mittel- und langfristige Weiterentwicklung der Volksschule dargestellt. Einen Planungsbericht über alle Schulstufen hinweg erachten wir aufgrund der zahlreichen Einflussfaktoren nicht als zielführend, doch sollen alle Entwicklungen in den verschiedenen Schulstufen immer auf ihre gegenseitigen Auswirkungen geprüft werden.			-
9.6	<b>Bemerkung des Grossen Rats</b> Die Untergymnasien sind dort zu erhalten, wo sie pädagogisch oder wirtschaftlich Vorteile oder zumindest keine Nachteile bringen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Siehe Massnahmen unter Ziel Nr. 9.2.	BKD		-
9.7	<b>Bemerkung des Grossen Rats</b> Das Uni-Projekt ist unter Berücksichtigung der neuen Ausgangslage zügig weiterzuentwickeln.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>

Nr.	Ziel			
	Die Vorlage für den Erwerb und den Umbau des Postbetriebsgebäudes wird im Grossen Rat im September 2006 behandelt. Die kantonale Abstimmung ist am 26. November 2006 vorgesehen. Wir werden die Projektierung und das Submissionsverfahren vom Frühjahr 2007 bis Ende 2008 durchführen. Der Bezug des umgebauten Gebäudes ist gestaffelt ab Herbst 2010 bis 2011 geplant.	FD in Zusammenarbeit mit BKD	2005 - 2011	2.2.6/07
10.	<b>Gesundheit muss bezahlbar sein</b> Die öffentliche Diskussion über das Gesundheitswesen ist heute meist eine Diskussion über steigende Kosten und Prämienhöhungen. Das ärztliche und pflegerische Angebot im Kanton Luzern ist qualitativ gut. Die Versicherten gelangen indessen allmählich an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit.			
10.1	Als grösster Anbieter von Gesundheitsleistungen im Kanton Luzern werden wir uns daher in erster Linie bemühen, die Kosten für unsere hochwertige Gesundheitsversorgung im Griff zu halten und – wo möglich – zu senken. Nur was wirtschaftlich, zweckmässig und wirksam ist, soll in Zukunft von Kanton und Grundversicherung mitfinanziert werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Neues Abgeltungsmodell in den Akutspitälern (Ablösung der Tagespauschale durch ein Fallpauschalensystem (DRG)).	GSD	ab 2007	-
	Weiterentwicklung der Kostenträgerrechnung in den Spitälern.	GSD	ab 2006	-
	Flächendeckende Leistungserfassung in den Spitälern.	GSD	2008	-
	Einführung neuer Organisations- und Leitungsstrukturen mit klaren Verantwortlichkeiten (Massnahme ist integriert in den Planungsbericht Gesundheitsversorgung und im Spitalgesetz).	GSD	2006 - 2007	-
10.2	Wir werden das Angebot in der Gesundheitsversorgung präziser auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten abstimmen und die Zusammenarbeit unter den öffentlichen und privaten Leistungsanbietern verbessern. In den Bereichen Einkauf, Personal, Logistik und Rechnungswesen können damit Synergien genutzt werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung): Umsetzung der beschlossenen Massnahmen.	GSD	ab 2006	-
	Totalrevision des Gesundheitsgesetzes: Vorbereitung der Bestimmung, die erst auf 1.1.2008 in Kraft treten.	GSD	2006 - 2007	-
	Bündnis gegen Depression.	GSD	2007 - 2008	-
	Verselbständigung der öffentlichen Spitäler und Kliniken des Kantons Luzern im Rahmen des neuen Spitalgesetzes.	GSD	2007 - 2008	4.3.1/07
10.3	Wir prüfen, ob das Zentrumsspital auch in Zukunft alle bisherigen Leistungen anbieten muss.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung): Umsetzung der beschlossenen Massnahmen.	GSD	ab 2006	-



Nr.	Ziel			
10.4	Künftig sollen möglichst viele Patientinnen und Patienten ambulant statt stationär behandelt werden. Dies setzt voraus, dass ambulante und stationäre Medizin (Kliniken/Ärzte) sowie Pflege (Spitex/Heime) im Sinn einer eigentlichen Behandlungskette vernetzt werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Umsetzung der beschlossenen Massnahmen aus den Berichten zur Pflegeheimplanung und zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) mit Einbezug der Gemeinden.	GSD	ab 2006	-
10.5	Wir verzichten auf die Erstellung neuer Infrastrukturen, bauen Überkapazitäten ab und reduzieren – wo vertretbar – bestehende stationäre Angebote.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung): Umsetzung der beschlossenen Massnahmen.	GSD	ab 2006	-
	Die Kosten im Heimwesen sind in den letzten Jahren überproportional gestiegen. Wir sind daher dabei, ein Controlling aufzubauen um die Kosten besser zu steuern.	GSD	2005 - 2007	5.1.8/07
	Revision des Heimfinanzierungsgesetzes mit dem Ziel, neue Finanzierungsmodelle mit mehr Steuerungsmöglichkeiten einzuführen.	GSD	2007 - 2008	-
10.6	<b>Bemerkung des Grossen Rats</b> Der Grosse Rat muss in der Versorgungsplanung und in der Spitalplanung besser eingebunden werden.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung): Umsetzung der beschlossenen Massnahmen.	GSD	ab 2006	-
10.7	<b>Bemerkung des Grossen Rats</b> Die Planung und Weiterentwicklung des luzernischen Spital- und Gesundheitswesens hat sich an den finanziellen Möglichkeiten des Kantons Luzern zu orientieren.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung): Umsetzung der beschlossenen Massnahmen.	GSD	ab 2006	-
11.	<b>Gute Dienstleistungen für die Wirtschaft</b>			
11.1	Der Wirtschaft und ansiedlungswilligen Unternehmen stellt der Kanton Luzern eine gute Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung und sorgt für eine verlässliche Raumplanung, zügige Bewilligungsverfahren und moderate Steuern.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Erneuerung der amtlichen Vermessung.	BUWD	2005 - 2012	1.1.1/07
	Gesamthafte Überprüfung kantonaler Richtplan.	BUWD	2007 - 2009	-
	Bereitstellung von Geodaten (GIS Kanton Luzern) und Raumkataster.	BUWD	2005 - 2012	-
	Umsetzung kantonale Energiepolitik auf der Basis des neuen Konzeptes.	BUWD	2006 - 2016	-
	Abbau bürokratischer Hemmnisse in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft: Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen der Task force mit den Branchenvertretern.	BUWD	ab 2006	8.1.6/07 lit. a
	Altlastenuntersuchungen und Sanierungen.	BUWD	2007 - 2011	7.1.3/07
	Steuergesetzrevision 2008 (siehe auch 13.3).	FD	2008 - 2010	9.1.2/07
11.2	Die Luzerner Wirtschaft soll mittelfristig weniger abhängig von Tourismus und Landwirtschaft werden.			

Nr.	Ziel			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Wirtschaftsförderung Luzern (Public-Privat-Partnership-Modell). Die seit 1.4.06 aktive Stiftung Wirtschaftsförderung ist dem Ziel Nr. 11.2 verpflichtet. Dazu bestehen entsprechende Vereinbarungen und Plangrundlagen (Businessplan usw.).	BUWD	2006 - 2009	-
	Umsetzung der Massnahmen aus dem Planungsbericht über die Entwicklung der Luzerner Landwirtschaft des Regierungsrats an den Grossen Rat.	BUWD	2006 - 2008	-
11.3	<b>Bemerkung des Grossen Rats</b> Die Ansiedlung von wertschöpfungsintensiven Unternehmungen im Bereich Dienstleistungen, Technologie und Biotechnologie wird fokussiert.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Wirtschaftsförderung Luzern (Public-Privat-Partnership-Modell). Die seit 1.4.06 aktive Stiftung Wirtschaftsförderung ist dem Ziel Nr. 11.3 verpflichtet. Dazu bestehen entsprechende Vereinbarungen und Plangrundlagen (Businessplan usw.).	BUWD	2006 - 2009	-
11.4	<b>Bemerkung des Grossen Rats</b> Die regionale Nahrungsmittelversorgung und Pflege des ländlichen Naherholungsraums werden als nachhaltige Wertschöpfung von Landwirtschaft, Gastronomie und Tourismus anerkannt und gefördert.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Umsetzung Agrarpolitik 2007.	BUWD	2007	-
	Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsbetriebe. Einführung Bonitätsklassen, Koordination der Kontrollen; Dateneingabe über <a href="http://www.agrogate.ch">www.agrogate.ch</a> .	BUWD	2006 - 2008	-
	Koordination Beiträge Naturschutz und Landwirtschaft weiterpflegen und optimieren. Ökologische Vernetzungspunkte Landwirtschaft.	BUWD	2004 - 2011	7.1.4/07
	Angepasste Nutzung nachwachsender Energieträger sicherstellen und fördern. Förderung einer grösseren Biogas-Anlage zur Hofdüngeraufbereitung.	BUWD	2004 - 2007	-
	Artenvielfalt sicherstellen sowie erforderlichen Schutz und ökologische Aufwertung der Landschaft fördern.	BUWD	2004 - 2011	-
11.5	<b>Bemerkung des Grossen Rats</b> Der Bestandespflege der bestehenden Betriebe ist die gleich hohe Priorität einzuräumen wie der Ansiedlung neuer Betriebe.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Wirtschaftsförderung Luzern (Public-Privat-Partnership-Modell). Die seit 1.4.06 aktive Stiftung Wirtschaftsförderung ist dem Ziel Nr. 11.5 verpflichtet. Dazu bestehen entsprechende Vereinbarungen und Plangrundlagen (Businessplan usw.).	BUWD	2006 - 2009	-

Nr.	Ziel			
12.	<b>Agglomeration Luzern muss erreichbar bleiben.</b>			
12.1	Wir wollen die Mobilität sicherstellen, das heisst den öffentlichen Verkehr und den Individualverkehr effizient, wirksam und umweltverträglich gestalten.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Umsetzung Gesamtstrategie Siedlung und Verkehr gemäss Agglomerationsprogramm Luzern und Richtplananpassung vom 6.6.2006 (B149). Mitfinanzierung durch Bund frühestens ab 2008.	BUWD	2005 - 2025	6.1.1/07, 6.1.3/07, 6.1.4/07 und Erläuterungen zu Kap. IX.
12.2	Wir achten besonders darauf, dass die Agglomeration Luzern zugänglich bleibt und dass ihre Erreichbarkeit auch in Zukunft sichergestellt ist.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Neuer Autobahnanschluss Rothenburg erschliesst den Entwicklungsschwerpunkt Rothenburg-Station (siehe auch Ziel Nr. 12.5).	BUWD	2008	-
	Neuer Autobahnanschluss Buchrain mit Zubringer Rontal zur Erschliessung des Entwicklungsschwerpunktes Rontal (siehe auch Ziel Nr. 12.5).	BUWD	2010	-
	Weiterausbau S-Bahn Luzern (siehe auch Ziele Nr. 1.3 und Nr. 12.5).	BUWD	2006 - 2020	6.1.1/07, 6.1.3/07, 6.1.4/07
	Umsetzung Bauprogramm Kantonsstrassen gemäss langfristiger Finanzplanung.	BUWD	2007 - 2010	Kapitel IX.
12.3	Der Transitverkehr und ein wesentlicher Teil des regionalen Individualverkehrs sollen auf einem übergeordneten Strassennetz geführt werden, das die Erschliessung der fünf Subzentren und der regionalen Entwicklungsschwerpunkte sicherstellt.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Umsetzung Bauprogramm Kantonsstrassen gemäss langfristiger Finanzplanung.	BUWD	2007 - 2010	Kapitel IX.
12.4	Im Hinblick auf den weiteren Ausbau der Nord-Süd-Transitachse werden wir uns beim Bund dafür einsetzen, dass im Grossraum Luzern der Transitverkehr vom Agglomerationsverkehr getrennt wird.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Neuer Bypass kurz stellt langfristige Erreichbarkeit der Agglomeration Luzern sicher. Planungsarbeiten werden zusammen mit dem Bund aufgenommen. ▪ Realisierung	BUWD	2025	
12.5	Unsere wichtigsten Vorhaben sind der weitere Ausbau der S-Bahn zur Kapazitätssteigerung im öffentlichen Regionalverkehr sowie die Erstellung der Autobahnanschlüsse Buchrain und Rothenburg.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Realisierung der 2. Etappe der S-Bahn Luzern (siehe auch Ziele Nr. 1.3 und Nr. 12.2).	BUWD	2005 - 2007	-
	Weiterer Ausbau Bahnlinie Luzern-Zug auf Doppelspur im Hinblick auf die Einführung 30-Minutentakt S-Bahn Luzern-Zug.	BUWD	2005 - 2010	6.1.4/07 lit. b)
	Ausbau und Tieferlegung Zentralbahn in Luzern. ▪ Planung ▪ Volksabstimmung Kredit ▪ Realisierung	BUWD	2005 - 2008 2008 2008 - 2012	6.1.1/07
	Autobahnanschluss Buchrain und Autobahnzubringer Rontal zur Erschliessung des Entwicklungsschwerpunktes Rontal (siehe auch Ziel Nr. 12.2).	BUWD	2010	-
	Autobahnanschluss Rothenburg (siehe auch Ziel Nr. 12.2).	BUWD	2008	-

<b>13.</b>	<b>Gesunde Finanzen und tragbare Steuern</b>			
13.1	Wir wollen unsere erfolgreiche Finanzpolitik auch in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld weiterführen. Mit einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik schaffen wir auch in den kommenden Jahren die Voraussetzungen für ausgeglichene Staatsrechnungen. Der Selbstfinanzierungsgrad soll in der Periode 2004 bis 2008 jeweils über 100 Prozent betragen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Als Folge der Auswirkungen der SNB-Ausschüttung werden folgende Selbstfinanzierungsgrade als Ziel gesetzt: 2007: mind. 90% ab 2008: mind. 100%	FD	2006 - 2008	-
	Projekt „Reform 06“ mit einer Entlastung des Staatshaushalts ab 2008	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2005 - 2010	0.1.6/07, 1.1.10/07, 2.1.11/07, 4.1.8/07, 8.1.6/07
	Wir beschränken das Wachstum des Aufwandes, um die laufenden Rechnungen mindestens ausgeglichen abzuschliessen.	FD	2007 - 2011	-
13.2	Die Verschuldung des Kantons soll bis Ende 2009 auf 750 Millionen Franken reduziert werden. Als Zwischenziel haben wir uns eine Verschuldung von 900 Millionen bis Ende 2007 gesetzt.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Periodischer Abbau der Strassenbauschuld	BUWD	2007	vgl. Kapitel IX.
	Verkauf von LUKB-Aktien und weiteren Wertschriften.	FD	2004 - 2009	-
	Konsequente Überprüfung des Liegenschaftsportfolios und Verkauf/Desinvestition von nicht benötigten Liegenschaften des Finanzvermögens.	FD	2004 - 2009	-
	Wir reduzieren die Netto-Schuld (Fremdkapital minus Finanzvermögen) bis 2010 auf 3'000 Franken pro Kopf.	FD	2007 - 2010	-
13.3	Wir halten daran fest, die Steuerbelastung der natürlichen Personen an den Durchschnitt der übrigen Schweizer Kantone anzunähern.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Steuergesetzrevision 2008 (siehe auch Ziel Nr. 11.1).	FD	2008 - 2010	9.1.2/07
	Abschaffung der nachträglichen Vermögenssteuer.	FD	2007	-